

27. Januar 2025

BDEW Bundesverband
der Energie- und
Wasserwirtschaft e.V.
Reinhardtstraße 32
10117 Berlin
www.bdew.de

Übersicht über die Wahlprogramme von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, BSW, die Linke und AfD

in Gegenüberstellung mit den BDEW-Handlungsempfehlungen für die 21. Legislaturperiode

Fokus: Energie und Klima

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) in Berlin und seine Landesorganisationen vertreten mehr als 2.000 Unternehmen. Das Spektrum der Mitglieder reicht von lokalen und kommunalen über regionale bis hin zu überregionalen Unternehmen. Sie repräsentieren rund 90 Prozent des Strom- und gut 60 Prozent des Nah- und Fernwärmeabsatzes, über 90 Prozent des Erdgasabsatzes, über 95 Prozent der Energienetze sowie 80 Prozent der Trinkwasserförderung und rund ein Drittel der Abwasserentsorgung in Deutschland.

Der BDEW ist im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung sowie im europäischen Transparenzregister für die Interessenvertretung gegenüber den EU-Institutionen eingetragen. Bei der Interessenvertretung legt er neben dem anerkannten Verhaltenskodex nach § 5 Absatz 3 Satz 1 LobbyRG, dem Verhaltenskodex nach dem Register der Interessenvertreter (europa.eu) auch zusätzlich die BDEW-interne Compliance Richtlinie im Sinne einer professionellen und transparenten Tätigkeit zugrunde. Registereintrag national: R000888. Registereintrag europäisch: 20457441380-38

Inhalt





1. Kosten- und Systemeffizienz der Energiewende sicherstellen	3
1.1 BDEW-Position, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen	3
1.2 FDP, BSW, Die Linke, AfD	5
2. Versorgungssicherheit und Resilienz gewährleisten	7
2.1 BDEW-Position, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen	7
2.2 FDP, BSW, Die Linke, AfD	10
3. Zugang zu privatem Kapital für die Energiewende stärken	11
3.1 BDEW-Position, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen	11
3.2 FDP, BSW, Die Linke, AfD	12
4. Bürokratie abbauen und Verfahren beschleunigen	13
4.1 BDEW-Position, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen	13
4.2 FDP, BSW, Die Linke, AfD	15
5. Energiewende durch Digitalisierung voranbringen	16
5.1 BDEW-Position, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen	16
5.2 FDP, BSW, Die Linke, AfD	17
6. Energiesystem für den weiteren Ausbau der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien optimieren	18
6.1 BDEW-Position, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen	18
6.2 FDP, BSW, Die Linke, AfD	21
7. Systemeffizienten Netzausbau sicherstellen	23
7.1 BDEW-Position, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen	23
7.2 FDP, BSW, Die Linke, AfD	25
8. Erneuerbare und kohlenstoffarme Gase etablieren	27
8.1 BDEW-Position, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen	27
8.2 FDP, BSW, Die Linke, AfD	29
9. „Wärmepaket“ für erfolgreiche Wärmewende verabschieden	30
9.1 BDEW-Position, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen	30
9.2. FDP, BSW, Die Linke, AfD	33
10. Klimaneutrale Mobilität voranbringen	34
10.1 BDEW-Position, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen	34
10.2 FDP, BSW, Die Linke, AfD	36
11. Sonstige relevante Themen (Verbraucherschutz, Fachkräfte, Handel usw.)	37
11.1 BDEW, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen	37
11.2 FDP, BSW, Die Linke, AfD	38









Hinweise





Die Auswertung basiert auf den verabschiedeten Wahlprogrammen.





Bei CDU und CSU haben wir neben dem Wahlprogramm auch die Agenda 2030 sowie die Neue Energie-Agenda berücksichtigt und dies an den entsprechenden Stellen gekennzeichnet.





Bei der SPD haben wir neben dem Regierungsprogramm auch den offenen Brief von Bundeskanzler Olaf Scholz an die EU-Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen vom 2. Januar 2025 („Scholz-Brief“) berücksichtigt und dies an den entsprechenden Stellen gekennzeichnet.





1. Kosten- und Systemeffizienz der Energiewende sicherstellen (inkl. u. a. Speicher, Stromsteuer, ETS)			
1.1 BDEW-Position, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen			
			
1.1.1 Planungsaspekte, Speicher, Energieeffizienz			
<ul style="list-style-type: none"> Fokus auf einer systemeffizienten Planung von Erzeugungs- und Netzkapazitäten und Flexibilitätsoptionen Um Speicher als eigenständige Säule des Energiesystems rechtlich zu verankern und ihren wirtschaftlichen Einsatz zu fördern, bedarf es einer eigenständigen Definition des Vorgangs der Energiespeicherung Kostengünstigste Effizienzmaßnahmen zur Emissionsreduktion realisieren 	<ul style="list-style-type: none"> Netzanschluss aller Kapazitäten, die klimafreundlich und systemdienlich sind (u. a. zielgerichteter Ausbau Erneuerbarer Energien) Effiziente Verknüpfung des Ausbaus von Erneuerbaren Energien, Netzen und Speichern Ausbau von Speichern Betonung der Relevanz von Energieeffizienz Spürbare und verantwortungsbewusste Senkung von Vorschriften Beibehaltung des bestehenden Energieeffizienzstandards EH55 für Neubauten Gebäudetyp E ,wie ,Einfach“ für kostengünstiges, aber sicheres Bauen 	<ul style="list-style-type: none"> Ausbau von PV, Wind und Speichern Weiterentwicklung vereinfachter Baustandards wie des Gebäudetyps E 	<ul style="list-style-type: none"> Nutzung von Speichern aller Arten Unterstützung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz Rückführung „übertriebener Anforderungen“ an bauliche Standards auf „sinnvolles Maß“ Einfachere Anerkennung sanierter Gebäude als taxonomiekonform, um Finanzierung von klimafreundlichen Sanierungen zu erleichtern „Konsequente Erschließung von Flexibilitätspotentialen und den Preisvorteilen der Erneuerbaren“
1.1.2 Entlastungsmaßnahmen, inkl. Stromsteuer, Entlastungen bei Netzentgelten, staatliche Unterstützungsmaßnahmen			
<ul style="list-style-type: none"> Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß für alle Verbrauchergruppen Besondere Transformationskosten der Energieinfrastruktur übergangsweise staatlich abfedern Senkung der Investitionskosten durch systemeffiziente Planung und 	<ul style="list-style-type: none"> Senkung der Stromsteuer für alle Reduktion der Netzentgelte mit CO₂-Einnahmen Reform der Netzentgelte zur Senkung der Belastung und Steigerung der Akzeptanz Ablehnung einer zusätzlichen Netzentgeltbelastung für industrielle 	<ul style="list-style-type: none"> Deckelung der ÜNB-Netzentgelte auf 3 ct/kWh Erweiterung des Kreises der Unternehmen, die von reduzierten Netzentgelten profitieren Stromsteuer auf europäisches Mindestmaß senken Strompreiskompensation ausweiten 	<ul style="list-style-type: none"> Dauerhaft günstige Energie für die Wirtschaft Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum Übernahme von Netzentgelten für überregionale Stromleitungen Freileitungen statt Erdkabel





<p>schlankere Vorhaben (bspw. Freileitungen statt Erdkabel)</p> <p style="text-align: right;"></p>	<p>Großverbraucher, die nicht flexibel produzieren können</p> <ul style="list-style-type: none"> • Freileitungen verstärkt nutzen <p>Agenda 2030:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Entlastung bei Strompreis um mindestens 5 ct/kWh (u. a. durch Senkung der Stromsteuer auf europäisches Mindestmaß, Reduzierung Netzentgelte durch Einnahmen Emissionshandel, Nutzung kostensparender Potenziale bei Netzum-/Ausbau) <p>Energie-Agenda:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung der Netzentgelte um mindestens die Hälfte durch Einnahmen aus Emissionshandel <p style="text-align: right;"></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Fortsetzung der Entlastungen an Großabnehmer ohne Flexibilisierungspotenzial • Strom-Spar-Checks für die ärmsten Haushalte ausbauen und verstetigen • Heiz-Mietmodelle (soziales Wärmepumpen-Leasing) für ärmere Haushalte <p style="text-align: right;"></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Abbau klimaschädlicher Subventionen <p style="text-align: right;"></p>
1.1.3 ETS 1 und 2			
<ul style="list-style-type: none"> • Perspektivische Zusammenführung von ETS 1 und ETS 2 zu einem einheitlichen gesamteuropäischen Emissionshandel mit einheitlichen Kriterien und Regeln • Verzicht auf korrigierende politische Eingriffe, die die Preiswirkung vermindern • Um die Akzeptanz bei Verbraucher/innen zu sichern, sind soziale Härten mit den ETS-Einnahmen durch Förderprogramme und Entlastungen abzumildern <p style="text-align: right;"></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung des EU-ETS als zentrales Klimainstrument durch schrittweise Einbeziehung aller Sektoren • Rückgabe der Einnahmen an Verbraucher und Wirtschaft als Klimabonus • CO₂-Einnahmen sollen zuerst für die Senkung der Stromsteuer und Netzentgelte genutzt werden, höhere CO₂-Abgaben müssen zu höheren Entlastungen führen <p style="text-align: right;"></p>	<ul style="list-style-type: none"> • CO₂-Preis immer nur ergänzendes Instrument • Festhalten am CO₂-Preis von 55 Euro/t für 2025 und 65 Euro/t für 2026 • Bei Inkrafttreten der europäischen Regelung 2027 braucht es flankierende soziale Mechanismen, z. B. Klimageld <p style="text-align: right;"></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Instrumentenmix aus marktwirtschaftlichen Instrumenten wie CO₂-Preis als zentralem Anreiz zur CO₂-Einsparung, gezielter Unterstützung vor allem bei Investitionen und unbürokratischem Ordnungsrecht • Rückzahlung eines Großteils der Einnahmen der CO₂-Bepreisung als Klimageld für niedrige und mittlere Einkommen • Ausweitung des Anwendungsbereichs von Klimaschutzverträgen • Im Kontext CCS/DAC: Klare Ziele für Negativemissionen sollen nicht gegen die Reduktionsziele des Emissionshandels angerechnet werden <p style="text-align: right;"></p>





1.2 FDP, BSW, Die Linke, AfD			
			
1.2.1 Planungsaspekte, Speicher, Energieeffizienz			
<ul style="list-style-type: none"> Steigerung der Systemeffizienz durch Synchronisierung des Netzausbaus mit dem Ausbau von Erneuerbaren Energien, Kraftwerken, Speichern und der Wasserstoffwirtschaft Lockerung starrer Kappungsgrenzen bei energetischen Sanierungen 	<ul style="list-style-type: none"> Betrieb von klassischen Batteriespeichern und Hochtemperaturspeichern im Interesse der Allgemeinheit Förderung von F&E im Bereich von Speichertechnologien 	<ul style="list-style-type: none"> Integration von Langzeit-Energiespeichern in das bestehende Stromnetz an strategisch günstigen Orten, sodass der Netzausbau minimiert werden kann Für energieeffizientes Bauen Sanierung und Heizungstausch müssen warmmietenneutral sein 	
1.2.2 Entlastungsmaßnahmen, inkl. Stromsteuer, Entlastungen bei Netzentgelten, staatliche Unterstützungsmaßnahmen			
<ul style="list-style-type: none"> Absenkung der Stromsteuer auf EU-Mindestmaß Perspektivisch Abschaffung der Strom-, Energie- und Kfz-Steuer und Substitution durch CO₂-Preis Senkung der Netzentgelte – Reform durch Digitalisierung und Flexibilisierung und Kostenreduktion des Netzausbaus (u. a. durch i. d. R. überirdischen Baus neuer Leitungen) 	<ul style="list-style-type: none"> Reduzierung der Netzentgelte auf ein Minimum durch Verstaatlichung 	<ul style="list-style-type: none"> Kleine Energieverbraucher kurzfristig entlasten Sozial gestaffelte Energiepreise: Schaffung preisgünstiger Sockeltarife für den durchschnittlichen Verbrauch von Strom und Heizenergie Vorübergehende Einführung eines „Energie-Soli für Reiche“ als Zuschlag auf die Einkommen-, Lohn- und Kapitalertragssteuer Einführung von Preiskontrollen und Einführung einer Preisaufsicht als Frühwarnsystem für die deutsche und europäische Wirtschaft Preiserhöhungen im Energiesektor nur nach Genehmigung und Nachweis einer Rechtfertigung durch gestiegene Beschaffungskosten 	<ul style="list-style-type: none"> Reduzierung der Energiesteuer und Senkung der Stromsteuer auf das Minimum Für Industrie- und Privatleute soll die Energieerzeugung zum Eigenverbrauch steuer- und abgabenfrei sein Verhinderung „immer höherer Netzentgelte durch Windenergie-Ausbau-stopp“





1.2.3 ETS 1 und 2			
<ul style="list-style-type: none"> • CO₂-Preis bzw. europäischer Emissionshandel als Leitinstrument • Abschaffung weiterer Regulierungen ohne zusätzlichen Nutzen für den Klimaschutz – u. a. Strom-, Energie- und Kfz-Steuer (s. o.) • Einführung einer Klimadividende, die Einnahmen aus dem Emissionshandel direkt und pauschal pro Kopf an Bürgerinnen und Bürger zurückzahlt 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung des CO₂-Preises • Der europäische Emissionshandel muss entweder globalisiert werden oder Deutschland sollte sich nicht mehr an seiner Umsetzung beteiligen und auf EU-Ebene für Abschaffung werben 	<ul style="list-style-type: none"> • Kein CO₂-Preis ohne sozialen Ausgleich (Klimageld) • Rückwirkende Einführung eines Klimagelds zum 01.01.2025 von 320 Euro jährlich pro Person mit künftiger Anpassung der Höhe an die reale Entwicklung der CO₂-Preise • Gegen ETS 2 (Wärme und Verkehr): Stattdessen müssen verbindliche Klimaziele und Emissionsgrenzen gesetzt werden 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung der CO₂-Steuer 

2. Versorgungssicherheit und Resilienz gewährleisten (inkl. u. a. KWStG, KWK, Kapazitätsmarkt, Resilienz in kritischen Infrastrukturen)			
2.1 BDEW-Position, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen			
			
2.1.1 Kraftwerksicherheitsgesetz (KWStG), Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), Kapazitätsmarkt, Strommarktdesign			
<ul style="list-style-type: none"> • Erdgasversorgung für den Übergangszeitraum sichern • Zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit und Umsetzung des Kohleausstiegs muss bereits kurzfristig der notwendige Zubau steuerbarer Erzeugungskapazitäten durch Ausschreibungen ermöglicht werden • Kurzfristig ist das KWStG so zu ändern, dass begonnene Projekte bei Umsetzung bis Ende 2029 die geplante KWStG-Förderung rechtssicher in Anspruch nehmen können. Perspektivisch muss die KWK-Förderung so ausgestaltet werden, dass die Integration in den geplanten Kapazitätsmarkt ermöglicht wird • Einen „integrierten Kapazitätsmarkt“, der alle Technologien und Lösungen einbezieht, bis 2028 einführen 	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Versorgungssicherheit durch pragmatische Kraftwerkstrategie, die einen technologieoffenen Kapazitätsmarkt etabliert und damit wettbewerbsfähig für Absicherung der gesicherten Leistung sorgt • Kein weiteres endgültiges Abschalten von Kohlekraftwerken, solange als Ersatz keine neuen Gaskraftwerke und KWK-Anlagen gebaut sind (bei gleichzeitigem Bekenntnis zum Kohlekompromiss und zum vereinbarten Kohleausstieg sowie Einhaltung der Zusagen aus dem Strukturstärkungsgesetz und den Vereinbarungen zwischen Bund und betroffenen Ländern) • Konsequente Nutzung der Potenziale der Kraft-Wärme-Kopplung 		<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung einer neuen Generation von möglichst bald mit grünem Wasserstoff betriebenen Kraftwerken sowie die Ertüchtigung der künftig vorrangig mit Abfall- und Reststoffen betriebenen Biogaskraftwerke • Festhalten am Kohleausstieg 2030
2.1.2 Europäische und internationale Dimension			
<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung des EU-Binnenmarkts • Diversifizierung von Energieimporten sowie von Lieferketten für die Komponenten von 	<ul style="list-style-type: none"> • Ein echter europäischer Energiebinnenmarkt schafft Resilienz und Angebot, was Verbrauchern zugutekommt 	<ul style="list-style-type: none"> • Binnenmarkt von enormer Bedeutung • Begrüßung des Draghi-Berichts 	<ul style="list-style-type: none"> • Neuausrichtung von Wirtschaftssicherheit und Handel, Lieferketten und Absatzmärkten

<p>Energiewendetechnologien und für kritische Rohstoffe</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Kreislaufwirtschaft, um Abhängigkeiten insb. bei Rohstoffen zu reduzieren • Produktionskapazitäten für Energiewendetechnologien in Deutschland und der EU stärken • Die neue Bundesregierung sollte sich für einen ambitionierten und auf marktlichen Mechanismen basierenden Clean Industrial Deal auf EU-Ebene einsetzen • Der europäische Net Zero Industry Act (NZIA) ist zügig und praxisnah umzusetzen • Die Investitionsbedingungen für den Ausbau der europäischen Herstellungskapazitäten sind durch neue, erweiterte Finanzierungsinstrumente, z. B. Kredit- und Bürgschaftsprogramme der KfW und Europäischen Investitionsbank, sowie weitere Maßnahmen zu verbessern <p style="text-align: right;"></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Mobilisierung europäischer Potenziale und Intensivierung internationaler Partnerschaften für notwendige Energieimporte und -exporte, u. a. Wasserstoff • Neue Energie- und Rohstoffpartnerschaften, pragmatische Handelsabkommen auf europäischer Ebene • Verringerung kritischer wirtschaftlicher Abhängigkeiten durch stärkere Diversifizierung von Absatzmärkten, Rohstoffquellen und Lieferketten • Rohstoffsicherung durch verantwortungsvollen, heimischen Abbau und technologie- und materialoffenes Recycling • Verantwortungsvolle Kreislaufwirtschaft, Schließung von Stoffkreisläufen bei Stoffen, Wasser, Wärme oder Kohlenstoff und Etablierung einer CO₂-Kreislaufwirtschaft • Voranbringen von EU-Projekten wie IPCEI • „Deal für Wettbewerbsfähigkeit“ als eine Priorität Europas • Verringerung von Abhängigkeiten durch starke Ankurbelung der europäischen Halbleiter- und Batteriezellenproduktion <p style="text-align: right;"></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Weitere Vertiefung des Binnenmarkts • Unterstützung für den Clean Industrial Deal • Rohstofffonds stärken, heimische Rohstoffgewinnung voranbringen, koordinierte Rohstoff-Strategie der EU anregen • Kreislaufwirtschaftsstrategie pragmatisch umsetzen • CBAM entbürokratisieren und um Exportförderung ergänzen • Fortsetzen des Klimaclubs • Erarbeitung einer europäischen Resilienzstrategie inkl. De-Risking, Schutz kritischer Infrastrukturen und wichtiger Schlüsselindustrien • Prüfung von Local-Content-Regeln • Stärkung der Partnerschaften mit Frankreich, Polen, demokratischer Ostseeraum, UK und USA • De-Risking von China in kritischen Bereichen • Robuste Lieferketten, strategische Partnerschaften (etwa für grünen H₂) • Abschluss von weitreichenden Handels- und Investitionsabkommen künftig einfacher und schneller gestalten, Verabschiedung durch qualifizierte Mehrheit • Mobilisierung privater Mittel für die internationale Klimafinanzierung <p style="text-align: right;"></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Einsatz für Strombinnenmarkt und Ausbau der Stromnetze zu EU-Nachbarstaaten • Abbau der Abhängigkeiten von Autokratien in kritischen Bereichen durch breitere Streuung unserer Wirtschaftsbeziehungen • Beihilferecht der EU ändern für umfassende Unterstützung der Dekarbonisierung der Industrie • Unterstützung des Clean Industrial Deal sowie einer europäisch koordinierten Industriepolitik • Einsatz für Verbesserung der Sustainable-Finance-Regulierung und mehr Konsistenz und Vereinfachung auf europäischer und internationaler Ebene • Alle Geldanlagen des Staates sollen nach Nachhaltigkeitskriterien angelegt werden • NZIA schnell und umfassend umsetzen, Regionalität von Produkten und Resilienz der europäischen Wirtschaft als Kriterien bei geeigneten Vergaben • EU-Lieferkettenrichtlinie als große Errungenschaft • Staatliche Förderprogramme für den Kauf von Produkten wie E-Autos, die größtenteils in Europa mit seinen hohen sozialen und ökologischen Standards produziert wurden • Gesicherte Versorgung mit Rohstoffen und effektive Kreislaufwirtschaft <p style="text-align: right;"></p>
---	--	--	---

2.1.3 Schutz kritischer Infrastrukturen gewährleisten			
<ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung der europäischen CER- und NIS-2-Richtlinien, wobei die nationalen Umsetzungsgesetze aufeinander abzustimmen sind • Kritische Infrastruktur wirksam vor Sabotage schützen, inkl. verstärkte Überwachung der Anlagen, den Ausbau der Sicherheitsvorkehrungen und eine enge Zusammenarbeit zwischen Betreibern und staatlichen Stellen, mit klarer Definition von Zuständigkeiten 	<ul style="list-style-type: none"> • Schutz kritischer Infrastruktur und sicherheitsrelevanter Technologie 	<ul style="list-style-type: none"> • Schutz vor hybrider Kriegsführung und Sabotage • Bessere Verzahnung von Ländern, Bund, Kommunen und Betreibern • Stärkung der Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur Cyberabwehr • Zentraler Schritt: Das KRITIS-Dachgesetz 	<ul style="list-style-type: none"> • Weitere Stärkung und Schutz der (kritischen) Infrastruktur und von Schlüsseltechnologien • Investitionsschutzgesetz zur Schließung von Schlupflöchern beim Erwerb von KRITIS durch ausländische Investor*innen • Etablierung robuster Cybersicherheitsstandards, Erweiterung des IT-Sicherheitsgesetzes um Cybersicherheit im Energiesektor 

2.2 FDP, BSW, Die Linke, AfD			
			
2.2.1 Kraftwerksicherheitsgesetz (KWSG), Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), Kapazitätsmarkt, Strommarktdesign			
<ul style="list-style-type: none"> Schaffung der notwendigen Anreize für Bau neuer Gaskraftwerke durch möglichst einfachen, schlanken und unbürokratischen Kapazitätsmarkt 	<ul style="list-style-type: none"> Investition in neue Gaskraftwerke als Reservekapazität. Die dafür benötigten Investitionssummen sprechen für eine Verstaatlichung, da der Staat weit zinsgünstigere Kredite aufnehmen kann Fortschreibung der Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen über 2025 hinaus 	<ul style="list-style-type: none"> Für die Abschaffung des Merit-Order-Prinzips beim Strommarktdesign Ablehnung einer umlagefinanzierten Förderung neuer Gaskraftwerke Kohleausstieg bis 2030 	<ul style="list-style-type: none"> Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit Kohle und Gas, bis Deutschland wieder Kernkraft einsetzt
2.2.2 Europäische und internationale Dimension			
<ul style="list-style-type: none"> Vertiefung des europäischen Energiebinnenmarktes EU-weiter Ausstiegsplan aus russischen Energiekäufen 	<ul style="list-style-type: none"> Langfristige Verträge zu Energieimporten, die sich am Kriterium des niedrigsten Preises orientieren Energiepartnerschaften zum Import von Wasserstoff fördern Regionale Wirtschaftskreisläufe fördern und Importabhängigkeiten verringern 	<ul style="list-style-type: none"> Lieferketten sollen kürzer werden, für lokale Produktion und Arbeitsplätze (Wieder-)Ansiedelung von PV und Windproduktion in Deutschland Höhere gesetzliche Recyclingquoten und höhere Einsatzquoten für wiederverwertete Stoffe 	<ul style="list-style-type: none"> Abschluss vorteilhafter Handelsabkommen, die dazu beitragen, Rohstofflieferketten zu sichern
2.2.3 Schutz kritischer Infrastrukturen gewährleisten			
<ul style="list-style-type: none"> Wirksamer Schutz kritischer Infrastrukturen vor chinesischer Einflussnahme 		<ul style="list-style-type: none"> Schutz kritischer Infrastrukturen wie Raffinerien, Pipelines, Energiespeicher oder Häfen vor dem „Ausverkauf an autoritäre Regime oder private Konzerne“ durch die Gründung von Industriefundationen und anderen öffentlichen Beteiligungsformen 	<ul style="list-style-type: none"> Erstellung einer Bundestrategie für digitale Souveränität, u. a. um kritische Infrastruktur effektiv zu schützen


3. Zugang zu privatem Kapital für die Energiewende stärken			
3.1 BDEW-Position, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen			
 Energie. Wasser. Leben.			
<ul style="list-style-type: none"> • Um das für die Energiewende notwendige Kapital möglichst kostengünstig bereitzustellen, sind die Rahmenbedingungen für Finanzierungen (Anpassungen von Eigenkapitalanforderungen, der Zusammensetzung der Green Asset Ratio in der EU-Taxonomie sowie steuerliche Anreize) zu verbessern und privates Kapital anzureizen • Ein Energiewendefonds, der Unternehmen mit staatlicher Flankierung bei ihren Investitionen unterstützt, kann ein sinnvolles Instrument insb. bei der Wärmewende darstellen • Wettbewerbsfähige Regulierung für Investitionen in Energienetze sicherstellen 	<ul style="list-style-type: none"> • Mehr privates Kapital für Netzausbau sowie effiziente Verknüpfung des Ausbaus von Erneuerbaren Energien, Netzen und Speichern mobilisieren – starke Anreize für private Investoren • Schnellere und bessere steuerliche Absetzbarkeit von Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz • Verlässlicher Strukturwandel und Förderung für die Dekarbonisierung im Gebäudebereich • Entschärfung der EU-Taxonomie • Festhalten an der Schuldenbremse 	<ul style="list-style-type: none"> • Deutschlandfonds mit 100 Milliarden vom Bund als finanzielle Transaktion und Mobilisierung von privatem Kapital, etwa für Strom- und Wärmenetze, H₂-Netz, E-Ladesäulen und Wohnungsbau • Reform der Schuldenbremse für die Länder, um die Klimaziele zu erreichen • Generell Anreize für Investitionen: Made-in-Germany-Bonus i. H. v. 10 Prozent der Anschaffungssumme statt bürokratischer Förderprogramme • Modernisierung des europäischen Beihilferechts 	<ul style="list-style-type: none"> • „Große Investitionen“ in den Ausbau günstiger Erneuerbarer Energien, die Steigerung der Energieeffizienz und den Umbau der Stromnetze • Höhere private und öffentliche Investitionen in Innovation und Infrastruktur • Deutschlandfonds und Reform der Schuldenbremse im Einklang mit EU-Regeln (konkret: Aufnahme von staatlichen Krediten im gleichen Umfang wie staatliche Investitionen und Ausweitung der Konjunkturkomponente) • Einführung einer auf fünf Jahre befristeten, unbürokratischen Investitionsprämie von 10 Prozent • Öffentliche Investitionen aus nationalen EU-Mitteln ausbauen • Verbesserte steuerliche, rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen für einfacheren Zugang zu privatem Kapital • Passgenaue Förderprogramme für KMU/Stadtwerke, etwa beim Kauf von E-Bussen • Reform der Green Asset Ratio





3.2 FDP, BSW, Die Linke, AfD			
			
<ul style="list-style-type: none"> • Beendigung der Ungleichbehandlung von Eigenkapital- zu Fremdkapitalverzinsung durch Einführung der steuerlichen Absetzbarkeit fiktiver Eigenkapitalzinsen • Abschaffung der Berichtspflichten aus dem „Green Deal“, ebenso der EU-Taxonomie, der CSRD, CSDDD und des Aktionsplans für Kreislaufwirtschaft • Einhaltung der Schuldenbremse 	<ul style="list-style-type: none"> • Reform der Schuldenbremse (s. auch 7.2.1) 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau des Klima- und Transformationsfonds (KTF) mit jährlicher Ausstattung von 65 Mrd. Euro; Verwendung der Mittel für u. a. neue Batterie-technologien und Energiespeicher; um die energieintensive Industrie zeitweise beim Industriestrompreis zu unterstützen, Klimaschutzverträge • Investitionsfonds für den Industrieumbau mit 200 Mrd. Euro • Staatliche Gelder gebunden an langfristige Garantien von Arbeitsplätzen, Tarifverträgen, Standortverpflichtungen etc. • Ausweitung der Ausnahmen & Änderung des europäischen Beihilferechts • „Öffentliche Steuerung von Schlüsselbranchen“ durch die Gründung von Industrietiftungen und anderen öffentlichen Beteiligungsformen 	<ul style="list-style-type: none"> • Einhaltung der Schuldenbremse





4. Bürokratie abbauen und Verfahren beschleunigen





4.1 BDEW-Position, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen





 <p>Energie. Wasser. Leben.</p>			
<ul style="list-style-type: none"> • Ein eigenes Bürokratienteilungsgesetz für die Energie- und Wasserwirtschaft • Legislatives Mikromanagement abbauen, die Nachweis-, Dokumentations- und Berichtspflichten auf das Wesentliche reduzieren • Das Once-Only-Prinzip bei der Erfüllung von Informationspflichten mittels einer zentralen IT-Plattform umsetzen • Bei der Ausgestaltung von neuen Erzeugungs- und Verbrauchsmodellen wie Mieterstrom, Gemeinschaftliche Gebäudeenergieversorgung und Energy Sharing sind einfache und praxisnahe Umsetzung mit möglichst standardisierten Prozessen zu ermöglichen 	<ul style="list-style-type: none"> • Spürbarer Bürokratieabbau • Jahresgesetze zum Bürokratieabbau („Entrümpelungsgesetze“), Stärkung der Bürokratiebremse („one in, two out“), Verfallsdatum für Gesetze und Regelungen sowie Bürokratie-Checks • Abschaffung des deutschen Lieferkettengesetzes • Aktionsplan für weniger Bürokratie in Europa – sofortiger Belastungsstopp für neue und laufende EU-Initiativen (u. a. EU-Taxonomie oder Nachhaltigkeitsberichterstattung), EU-Wettbewerbsfähigkeits-Check, unabhängiger europäischer Normenkontrollrat und starke Bürokratiebremse auch in Europa („one in, two out“) • Einführung eines „EU-Forechecking“, um früher, strategischer und erfolgreicher bei europäischen Rechtsakten mitzuwirken • „Anti-Gold-Plating-Gesetz“, um Regelungen zurückzunehmen, die über europäisches Recht hinausgehen und Übererfüllungen zu unterbinden • Abbau der Statistiklast durch Reduktion von Statistikpflichten, Datenerhebungen und Meldungen bzw. ein Verweisungsrecht für Unternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> • Fortsetzung Deutschlandpakt • Praxischeck für neue Gesetze • Potenziale von Digitalisierung nutzen, dafür braucht es flächendeckende Versorgung mit Glasfaser und Mobilfunk (s. auch 5.1.2) • Zusammenführung, Vereinfachung und Digitalisierung von Dokumentations- und Berichtspflichten • Gleichzeitig sollen beim Bürokratieabbau Arbeitnehmerrechte, Verbraucherrechte und ökologische Standards nicht beeinträchtigt werden • Konferenz mit Vertreterinnen und Vertretern von Wirtschaft und Verwaltung • Stärkung der Kapazitäten zur Infrastrukturplanung der Kommunen (etwa kommunenübergreifende Kooperationen und Personaleinsatz) • Praxisgipfel mit Kommunen, Wirtschaft, Ländern • Einführung einer Genehmigungsfiktion bei Bau- und Investitionsprojekten • Verzahnung von Bürgercheck, Praxischeck und Digitalchecks • Scholz-Brief: Verstetigung der Erleichterungen der NotfallIVO 	<ul style="list-style-type: none"> • Vereinfachung, Digitalisierung und Beschleunigung staatlicher Verfahren und Prozesse, digitale Umsetzbarkeit bei Gesetzgebung mitdenken • Skalierung des Praxischecks zum Abbau unnötiger Bürokratie • Ressortübergreifend einheitliche Verfahren • Bündelung zentraler öffentlicher Dienstleistungen für Unternehmen an einer Stelle, Daten müssen nur einmal eingereicht werden (Once-Only-Prinzip) • Konsequenter Bürokratieabbau zur Unterstützung dezentraler Erzeuger von Solar- und Windenergie sowie Speicher und Elektrolyseure • Regelmäßige Überprüfung von Regularien, um bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und Streichung von Vorschriften, die ihr Ziel verfehlen, ohne Schutzstandards abzubauen • CSRD-Umsetzung in nationales Recht und Vereinfachung der ihr zugrunde liegenden Standards (ESRS), um sie für Unternehmen handhabbarer zu machen





	<ul style="list-style-type: none">• Abschaffung des „Heizungsgesetzes der Ampel“, um bürokratisches Reinregieren in den Heizungskeller zu beenden <p>Agenda 2030:</p> <ul style="list-style-type: none">• Etablierung des „Once-Only-Prinzips“• Systematische Aussetzung bürokratischer Vorgaben der vergangenen Jahre 		
--	---	--	--


4.2 FDP, BSW, Die Linke, AfD			
			
<ul style="list-style-type: none"> • Bürokratieabbau bzw. Beendigung des „Bürokratie-Burnouts“ • Dreijähriges Bürokratie-Moratorium • Bürokratiefreies Jahr für Betriebe, in dem sie keine Berichtspflichten erfüllen müssen • Jährliches Bürokratieentlastungsgesetz • Bürokratiebremse im Grundgesetz • Entrümpelung des Bundesrechts • Ersatzlose Streichung von „Bürokratie-Monstern“ • Einführung einer Once-Only-Garantie • Striktes Gold-Plating-Verbot – 1:1-Umsetzung europäischer Richtlinien in deutsches Recht • Abschaffung der Berichtspflichten aus dem „Green Deal“, der EU-Taxonomie, der CSRD, CSDDD & des Aktionsplans für Kreislaufwirtschaft • Einführung eines Systems verbindlicher Bürokratiekostenerfassung auf EU-Ebene 	<ul style="list-style-type: none"> • Ablehnung der Übererfüllung von EU-Standards bei der Umsetzung in nationales Recht • Aussetzung der Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung als Sofortmaßnahme • Einsatz für eine Reform des Lieferkettengesetzes • Anpassung der Schwellenwerte, um KMU stärker von Berichts- und Dokumentationspflichten zu befreien • Once-only-Prinzip • Einführung von zwei „nationalen Tagen der Entrümpelung“ pro Jahr 	<ul style="list-style-type: none"> • Abbau bürokratischer Hürden für Kommunen 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung von Lieferkettensorgfaltsgesetz und EU-Lieferkettenrichtlinie • Abbau der Nachhaltigkeitsberichterstattung • Vereinfachung des Vergaberechts • Drastische Reduzierung von Vorschriften, Berichts- und Dokumentationspflichten für den Mittelstand • Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren





5. Energiewende durch Digitalisierung voranbringen			
5.1 BDEW-Position, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen			
			
5.1.1 Governance der Digitalisierung im Energiebereich, KI, Glasfaserausbau			
<ul style="list-style-type: none"> Rechtsrahmen für die Digitalisierung der Netze verbessern Es sollte der Energiewirtschaft ermöglicht werden, KI im Rahmen von Reallaboren zu erproben. Die Nutzung für die Energiewende relevanter Daten muss erleichtert und rechtliche Hürden müssen abgebaut werden, um die Digitalisierung der Energiewirtschaft effektiv zu gestalten 	<ul style="list-style-type: none"> Einrichtung eines Digitalministeriums Re-Industrialisierung Deutschlands durch Digitalisierung sowie souveräne KI- und Cloud-anwendungen Verantwortungsvolle, bürokratiearme & innovationsoffene Umsetzung und Weiterentwicklung des AI Acts Förderung und Beschleunigung der KI-Forschung, Unterstützung der Entwicklung von Anwendungen und Ermöglichung von Freiräumen <p>Agenda 2030:</p> <ul style="list-style-type: none"> KI-Datenzentren als Teil der nationalen Energiestrategie Datenchancenpolitik statt restriktiven Datenschutzes 	<ul style="list-style-type: none"> Stärkung des digitalen Datenaustausches zwischen allen Behörden Automatisierung und KI, um Verwaltungsprozesse zu beschleunigen Zuständigkeiten der Verwaltungsdigitalisierung in einem Ministerium bündeln Nutzung von Digitalisierung und KI in vielen Bereichen „Digitaler Strukturwandel“ in der Kohäsionspolitik Alle neuen Gesetze sollen auf Digitaltauglichkeit getestet werden, Verwaltungsdigitalisierung 	<ul style="list-style-type: none"> Digitalisierung der Verwaltung Einrichtung eines Digitalministeriums Erleichterung der Entwicklung von digitalen Geschäftsmodellen Förderung der Anwendung von KI Datenverfügbarkeit mit einem Forschungsdatengesetz verbessern Abbau von Datenschutzbürokratie ohne Senkung des Datenschutzniveaus Reallabore-Gesetz zur Schaffung von Experimentier- und Lernräumen Zentralisierung und zentrale Steuerung aller IT-Budgets in einem Einzelplan, um die Digitalisierung auf Bundesebene zu beschleunigen
5.1.2 Smart-Meter-Rollout, Glasfaserausbau			
<ul style="list-style-type: none"> Smart-Meter-Rollout vereinfachen und unterstützen Für einen schnellen, flächendeckenden Glasfaserausbau braucht es einfachere und digitalisierte Genehmigungsverfahren und die Regelung eines überragenden öffentlichen Interesses im Telekommunikationsgesetz 	<ul style="list-style-type: none"> Intelligentere Stromnutzung durch Smart Meter und Digitalisierung für eine bessere Lastverteilung und zur Senkung von Verbrauch und Kosten Abbau von Hindernissen und Beschleunigung des Glasfaserausbaus, indem die Erreichung aller Ausbauziele in das überragende öffentliche Interesse gestellt wird Beschleunigungsgesetz für Breitbandausbau 	<ul style="list-style-type: none"> Breitbandausbau: Flächendeckende Versorgung des ganzen Landes mit Glasfaser und Mobilfunk 	<ul style="list-style-type: none"> Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Ausbau von Glasfaser und 5G-Mobilfunk durch Beschleunigung von Genehmigungsprozessen, Erleichterung alternativer Verlegungsmethoden und Förderung von Open Access





5.2 FDP, BSW, Die Linke, AfD			
			
5.2.1 Governance der Digitalisierung im Energiebereich, KI			
<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung eines Digitalministeriums • Weniger Bürokratie und mehr Digitalisierung für eine zukunftsfähige Verwaltung • Einführung eines Rechtsanspruchs auf digitale Verwaltungsleistungen • Vollständige Digitalisierung und Vernetzung aller relevanten Register • „Government as a Platform“-Modell als zentrales Element für eine erfolgreiche Verwaltungsdigitalisierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Zentrales Online-Portal für Unternehmen als „One-Stop-Shop“ für alle behördlichen Dienstleistungen • Kein Zwang für digitale Abläufe 		<ul style="list-style-type: none"> • Anerkennung des Rechts auf ein analoges Leben außerhalb der digitalisierten Verwaltungs- und Alltagsabläufe als allgemeines Bürgerrecht • Voraussetzung für den Einsatz von KI ist jederzeit verfügbare kostengünstige Energie • Gegen EU-Regulierung wie Cybersecurity Act, Ethik-Leitlinien für KI und Artificial Intelligence Act; für praxisnahe, nationale Lösungen
5.2.2 Smart-Meter-Rollout, Glasfaserausbau			
<ul style="list-style-type: none"> • Mobilfunk- und Glasfaserausbau sollen überragendes öffentliches Interesse im TK-NABEG werden • Generelle Genehmigungsfreiheit für Ersatzneubauten von Infrastruktur in einem nächsten Schritt • Passgenaue Förderung für Glasfaser- und Mobilfunkausbau nur dort, wo sich der privatwirtschaftliche Ausbau nicht rechnet 	<ul style="list-style-type: none"> • Überführung intelligenter Netze und Messstellen in die öffentliche Hand, Unterstützung der Kommunen zur Erreichung dieses Ziels 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung des kommunalen und gemeinnützigen Ausbaus von Glasfasernetzen 	<ul style="list-style-type: none"> • Beschleunigung des Aufbaus der digitalen Infrastruktur





6. Energiesystem für den weiteren Ausbau der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien optimieren			
6.1 BDEW-Position, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen			
			
6.1.1 Allgemein zu Erneuerbaren Energien und Überarbeitung des EEG-Förderregimes			
<ul style="list-style-type: none"> Produktionsabhängige Fördermodelle wie das derzeitige EEG sind langfristig nur bedingt geeignet. Das zukünftige Förderdesign sollte ein produktionsunabhängiges Fördermodell sein, das eine stärkere Wirksamkeit des Strompreissignals realisiert. Dieses sollte gemeinsam mit der Branche entwickelt werden Übergangsweise sollte ein Marktmenngenmodell eingeführt werden, bei dem eine feste Strommenge zu Zeiten von Marktpreisen über null mit einem CfD vergütet wird 	<ul style="list-style-type: none"> Systemdienlicher Ausbau Erneuerbarer Energien Umsetzung eines neuen Strommarktdesigns, „das die neuen Realitäten anerkennt und die notwendigen Investitionen absichert“ <p>Energie-Agenda:</p> <ul style="list-style-type: none"> Marktgerechtere Ausgestaltung mit festen Beträgen statt dauerhafter Subvention; schrittweise Auslaufen der EEG-Förderung Weiterentwicklung und Stärkung Rechtsrahmen für PPAs 		<ul style="list-style-type: none"> Förderung von langfristigen Abnahmeverträgen Unterstützung dezentraler Erzeuger durch Bürokratieabbau, Planungssicherheit und rentable Geschäftsmodelle Effiziente Ausnutzung der Flexibilitätspotenziale
6.1.2 Akzeptanz für die Energiewende vor Ort			
<ul style="list-style-type: none"> Bürgerbeteiligung an Energieprojekten, inkl. lokale Finanzierungsmodelle, vereinfachen, stärken und gleichzeitig bundeseinheitliche Rahmenvorgaben vorsehen 		<ul style="list-style-type: none"> Dezentrale Versorgung mit Energie vereinfachen: Balkonkraftwerk bis Bürgerwindpark (Energy Sharing); das stärkt die Akzeptanz 	<ul style="list-style-type: none"> Erleichterungen für Eigenstromproduktion Unterstützung von Energy Sharing Prüfung des Modells regionaler Energiemärkte
6.1.3 PV			
<ul style="list-style-type: none"> Der Ausbau im Freiflächen-Segment ist weiter ambitioniert voranzutreiben Bei der Planung von Neubaugebieten und Neubauten sind PV-Anlagen von Anfang an zu berücksichtigen 	<p>Energie-Agenda:</p> <ul style="list-style-type: none"> Einbindung in Energiespeicherstrategie mit Fokus auf netzdienliche und marktliche Nutzung 		<ul style="list-style-type: none"> Eine-Million-Balkone-Programm: Unterstützung von Menschen mit geringeren Einkommen bei der Anschaffung von Steckersolargeräten Ausbau von Agri-Photovoltaik Ausbau des neu eingeführten Naturschutzstandards für Solaranlagen









6.1.4 Wind an Land			
<ul style="list-style-type: none"> • Beschleunigungs-Vorgaben der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III) schnellstmöglich in nationales Recht umzusetzen • Wichtig ist die Beseitigung von Unklarheiten in Prozessen durch weiterhin fehlende Standardisierung, darunter bei der artenschutzrechtlichen Signifikanzbewertung • Recht zur Verlegung von Netzanschlusskabeln zum Netzverknüpfungspunkt sowie das Recht zur Überfahrt und Überschwenkung während der Errichtung und des Rückbaus auch auf private Flächen ausweiten <p style="text-align: right;"></p>			<ul style="list-style-type: none"> • Hinreichende Flächensicherung • Dauerhafte Planungsbeschleunigung • Erweiterung des neu eingeführten Naturschutzstandards für Solaranlagen auf Windenergie <p style="text-align: right;"></p>
6.1.5 Offshore-Wind			
<ul style="list-style-type: none"> • Flächenentwicklungsplanung noch stärker auf die standortspezifischen Erträge in Terawattstunden pro investierten Euro ausrichten • Ausschreibungsdesign für Offshore-Wind-Flächen anpassen. Dabei müssen Akteursvielfalt und erzielbare Skaleneffekte in Einklang gebracht werden • Neben Power Purchase Agreements ist auch die Nutzung von CfDs zu ermöglichen • Ausbau von Häfen, Werften, Lieferketten • Europäische Vernetzung von Offshore-Windparks durch hybride Interkonnektoren vorantreiben <p style="text-align: right;"></p>	<p>Energie-Agenda</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umstellung auf Zielsetzung, die sich an dem tatsächlich erreichbaren Stromertrag misst • Steigerung der Kosteneffizienz in der Flächengestaltung durch engere Zusammenarbeit mit den Nachbarländern Niederlande und Dänemark 		<ul style="list-style-type: none"> • Ein „angemessener“ Anteil der öffentlichen Einnahmen aus dem Verkauf von Meeresflächen für Windkraftanlagen soll direkt in den Meeresschutz sowie die Entwicklung einer natur- und klimaverträglichen Fischerei fließen <p style="text-align: right;"></p>





<ul style="list-style-type: none">• Weiterbetrieb von Offshore-Windparks und -Netzanbindungssystemen ermöglichen, die ansonsten auslaufen würden• Integration von Offshore-Wind und Elektrolyse vorantreiben durch einen regulatorischen Rahmen, der kombinierte Anschlusskonzepte mit Stromkabeln und H₂-Pipelines ermöglicht und gezielte Förderprogramme 			
---	--	--	--


6.2 FDP, BSW, Die Linke, AfD			
			
6.2.1 Allgemein zu Erneuerbaren Energien und Überarbeitung des EEG-Förderregimes			
<ul style="list-style-type: none"> • Vollständige Überführung der Erneuerbaren Energien in den Markt • EEG-Subventionen für neue Anlagen sind nicht mehr zu rechtfertigen, da auf diese bereits heute mehr als 60 Prozent der Stromproduktion entfallen • Vergütung am Markt gewährleistet, dass PV- und Windkraftanlagen nur gebaut werden, wenn ausreichend Netze und Speicher vorhanden sind, um Nutzung des produzierten Stroms sicherzustellen • Ablehnung gesetzlich vorgegebener Ausbaupfade für einzelne Technologien und staatlich garantierter Abnahmepreise 		<ul style="list-style-type: none"> • Schnellerer Ausbau Erneuerbarer Energien 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung der EEG-Umlage • EE-Anlagen sollen in Zukunft uneingeschränkte Umweltverträglichkeit sowie ihren ökonomischen Nutzen durch den Verzicht auf Vorrangspeisung und Subvention nachweisen.
6.2.2 Akzeptanz für die Energiewende vor Ort			
	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung der Beteiligung von Kommunen und Bürgern an erneuerbaren Erzeugungskapazitäten durch Energiegenossenschaften 	<ul style="list-style-type: none"> • Auszahlung eines Bonus von 25.000 Euro pro Megawatt gebautem Windrad oder gebauter PV-Großflächenanlage an die Kommunen • Verpflichtende Zahlungen von Betreibern von Wind- und Solaranlagen an Standortkommunen, Ausdehnung auf Bestandsanlagen und Erhöhung von 0,2 auf 0,5 Cent je eingespeiste Kilowattstunde Strom 	





6.2.3 PV			
	<ul style="list-style-type: none"> • Errichtung von PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden, auf Parkplätzen, Ställen und Werkshallen fördern 		<ul style="list-style-type: none"> • Ablehnung des Neubaus von Photovoltaikanlagen als Agro-PV auf landwirtschaftlichen Nutzflächen 
6.2.4 Wind an Land			
	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung von Repowering (auch um die Gesamtanzahl an Windanlagen zu verringern) 		<ul style="list-style-type: none"> • Ablehnung des Ausbaus von Windenergieanlagen, da diese „grundsätzlich eine Gefährdung für Pflanzen und Tiere sowie eine Beeinträchtigung der Gesundheit und der Lebensqualität der Menschen“ darstellen • Sofortige Beendigung der „großflächigen Naturzerstörungen durch Windkraftanlagen und Photovoltaikanlagen in Wäldern, Feldern und auf Ackerflächen“ und entsprechende Rückführung des Baugesetzbuchs und des Raumordnungsgesetz auf Regelungen vor 2021 
6.2.5 Offshore-Wind			





7. Systemeffizienten Netzausbau sicherstellen			
7.1 BDEW-Position, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen			
			
7.1.1 Netzinfrastruktur als Rückgrat der Energiewende			
<ul style="list-style-type: none"> • Integrierte Netzplanung mit fundierten, realistischen Annahmen über alle Energieträger hinweg • Verabschiedete Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus umsetzen • Netzanschlüsse im neuen Energiesystem integriert und digital planen. Hier müssen flexible Lösungen zwischen Netzbetreibern und Netzkunden ermöglicht werden 	<ul style="list-style-type: none"> • Effiziente Verknüpfung des Netzausbaus mit dem Ausbau von Erneuerbaren Energien und Speichern • Standardisierung und gemeinsamer Ausbau von Strom-, Wärme-, Gas-, Wasserstoff- und CO₂-Infrastruktur <p>Energie-Agenda:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Überbauung von Netzverknüpfungspunkten 	<ul style="list-style-type: none"> • Massiver Ausbau der Stromnetze ist notwendig 	<ul style="list-style-type: none"> • Kosteneffizienter Netzausbau • Verbesserung der Netznutzung • Dezentrale Preissignale • Technische und regulatorische Ausrichtung der Verteilnetze auf die effiziente und effektive Integration der Erneuerbaren Energien in regionale Wärme- und Mobilitätsmärkte
7.1.2 Photovoltaik-Mittagsspitzen steuerbar machen			
<ul style="list-style-type: none"> • Um das Netz stabil zu halten, ist eine Steuerbarkeit der Anlagen durch die Netzbetreiber wichtig • Dringende Maßnahmen sind u. a. die Begrenzung der Wirkleistungseinspeisung von Neuanlagen, die nicht steuerbar sind, die Sicherstellung der künftigen Steuerbarkeit von Bestandsanlagen mit einer Leistung von 7 kW oder mehr und schrittweise verpflichtende Direktvermarktung für Anlagen ab 25 kW. Ebenso muss die Vergütung bei negativen Preisen wegfallen 	<p>Energie-Agenda:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bessere Steuerung von kleinen PV-Anlagen 		<ul style="list-style-type: none"> • Höhere Netzauslastung und weitere Nutzung der Spitzenlastkappung





7.1.3 Netzentgelte fair finanzieren und bundeseitig stützen			
<ul style="list-style-type: none"> • Die regulatorische Verzinsung des eingesetzten Kapitals muss im aktuellen Zinsumfeld attraktiv und wettbewerbsfähig sein, was eine deutliche Erhöhung bedeutet • Netzentgelte sollten regional und über die Abnehmergruppen hinweg fair verteilt werden • Kosten, die durch die Transformation des Energiesystems übergangsweise entstehen, sollten für die Dauer der Transformation nicht Teil der Netzentgelte sein. Dies sollte z. B. durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt für Übertragungsentgelte gelöst werden 	<ul style="list-style-type: none"> • Reduktion und Neuregelung der Netzentgelte • Ablehnung einer zusätzlichen Netzentgeltbelastung für industrielle Großverbraucher • Senkung der Netzentgelte mit Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung 	<ul style="list-style-type: none"> • Deckelung der ÜNB-Netzentgelte auf 3 Cent 	<ul style="list-style-type: none"> • Netzentgelte sollen „im Rahmen bleiben und fair getragen werden“ • Reform der Finanzierung des Netzausbaus, um die Netzentgelte zu senken 
7.1.4 Rahmen für die Transformation der Gasnetze schaffen und H ₂ -Kernnetz zum Gesamtnetz ausbauen			
<ul style="list-style-type: none"> • Neben dem dringend erforderlichen verbindlichen Rechtsrahmen für die Transformationsplanung der Verteilernetze müssen die nationalen Gestaltungsspielräume bei den Entflechtungsvorgaben für Wasserstoffnetze genutzt werden • Das Wasserstoff-Kernnetz muss mit einem Verteilernetz zu einem Wasserstoff-Gesamtnetz weiterentwickelt und in den geplanten EU-Wasserstoff-Backbone integriert werden. Hierzu bedarf es konkreter Planungen und eines neuen Regulierungs- und Finanzierungsrahmens 	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung von Planungssicherheit und der notwendigen Infrastruktur • Alle Wirtschaftsregionen müssen vom Wasserstoffkernnetz erreicht werden, es darf keine Benachteiligung einzelner Regionen geben <p>Energie-Agenda:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Nationale und internationale Integration weiterer erneuerbarer/kohlenstoffarmer Gase • Ausschluss eines anlasslosen Rückbaus von Gasnetzen • Transformation/Umrüstung des bestehenden Gasnetzes notwendig 	<ul style="list-style-type: none"> • Klug ausgestaltetes Wasserstoffnetz • Ausreichende Speicherkapazitäten, etwa nationale H₂-Reserve 	<ul style="list-style-type: none"> • Digitale und flexible Stromnetze und dynamische Stromtarife • Zügiger und bedarfsorientierter Aufbau des Wasserstoffkernnetzes 





7.2 FDP, BSW, Die Linke, AfD			
			
7.2.1 Netzinfrastruktur als Rückgrat der Energiewende			
<ul style="list-style-type: none"> • Abbau regulatorischer Hürden für einen schnellen Netzausbau • Bau lediglich von Netzen, die tatsächlich gebraucht werden • Synchronisierung des Netzausbaus mit dem Ausbau von EE, Kraftwerken, Speichern und der Wasserstoffwirtschaft • Abschaffung des Netzanschlusszwangs, sodass nur ein systemdienlicher und rentabler Anschluss neuer Anlagen erfolgt • Vollständiger Abbau von Regulierungen und Vorgaben, die Effizienz und Modernisierung hemmen 	<ul style="list-style-type: none"> • Netze verstaatlichen • Auch Messtellen sollten aus Datenschutzgründen in öffentlicher Hand sein • Investitionen in u. a. Netze aus der Schuldenbremse ausklammern. Großes Investitionsprogramm für Infrastruktur 	<ul style="list-style-type: none"> • Strom-, Wärme- und Gasnetze müssen in die öffentliche Hand überführt, demokratisch kontrolliert und europäisch koordiniert werden 	<ul style="list-style-type: none"> • Ermöglichung, dass Strom jederzeit in ausreichender Menge zu ertbe-werbsfähigen Preisen zur Verfügung steht. „Teure Techniken, wie Akkumulatoren, Brennstoffzellen und Wasserstofftechnik, werden dafür nicht benötigt.“
7.2.2 Photovoltaik-Mittagsspitzen steuerbar machen			
7.2.3 Netzentgelte fair finanzieren und bundeseitig stützen			
<ul style="list-style-type: none"> • Umfassende Reform der Netzentgelte durch Digitalisierung und Flexibilisierung (dynamische Netzentgelte) • Kostenreduktion des Netzausbaus durch i. d. R. überirdischen Bau neuer Leitungen, den Abbau regulatorischer Hürden für den schnellen Netzausbau und den Bau von Leitungen, die tatsächlich benötigt werden 	<ul style="list-style-type: none"> • Netzentgelte auf ein Minimum reduzieren 	<ul style="list-style-type: none"> • Neue Netzentgeltstruktur: Beteiligung der Stromerzeuger und des internationalen Stromhandels an den Kosten des Stromtransports, um Strom möglichst erzeugungsnah einzusetzen und zukünftigen Netzausbau zu reduzieren 	








7.2.4 Rahmen für die Transformation der Gasnetze schaffen und H ₂ -Kernnetz zum Gesamtnetz ausbauen			
<ul style="list-style-type: none"> Synchronisierung des Netzausbaus mit dem Ausbau von EE, Kraftwerken, Speichern und der Wasserstoffwirtschaft 			




8. Erneuerbare und kohlenstoffarme Gase etablieren			
8.1 BDEW-Position, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen			
			
8.1.1 Wasserstoff-Markt aufbauen; hier auch Rolle von Erdgas/LNG			
<ul style="list-style-type: none"> • Anforderungen an Wasserstoff praxistauglich ausgestalten, um Produktion und Import zu ermöglichen • Tragende Marktrolle der Importeure und Händler („Midstreamer“) für die Organisation der Liefer-, Logistik- und Wertschöpfungskette zwischen Produktion und Nachfrage stärken • Potentiale von Zertifikaten und Herkunftsnachweisen für den Hochlauf heben: Es braucht einen funktionierenden Markt für Zertifikate und Herkunftsnachweise. Eine Segmentierung und Kleinteiligkeit muss in jedem Fall vermieden werden • Nachfrage absichern, z. B. durch CfDs • Versorgungssicherheit beim Erdgas für den Übergangszeitraum gewährleisten 	<ul style="list-style-type: none"> • Wasserstoffhochlauf gelingt nur im europäischen Kontext • Mehr Markt, weniger Staat: Pioniermärkte und Quoten <p>Energie-Agenda:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Nutzung aller erneuerbaren/kohlenstoffarmen Gase 	<ul style="list-style-type: none"> • Wasserstoff für die Industrie eine tragende Rolle. • Leitmärkte für grünen Stahl <i>made in Germany</i> durch feste Anteile von grünem Stahl <p>Scholz-Brief:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Flexiblere Vorgaben an Wasserstoff auf EU-Ebene 	<ul style="list-style-type: none"> • Grüne Leitmärkte in Sektoren wie Stahl und Zement (u. a. über Mindestquoten bei öffentlichen Aufträgen) • Keine neue Erdöl- oder Erdgasförderung in Deutschland, Ausstieg aus der Ölförderung in deutschen Gewässern und der Gasförderung in Deutschland bis 2035 • Förderung der Erzeugung von grünem Wasserstoff in Deutschland und Sicherung neuer Importquellen • Gasausstieg bis 2045 • Vorlage eines Plans für eine Gasunabhängigkeitsstrategie • LNG-Infrastruktur kontinuierlich auf Notwendigkeit überprüfen und Lock-In-Effekte von Gas-Infrastruktur vermeiden
8.1.2 Energieversorgung mit Biomethan nachhaltig gestalten			
<ul style="list-style-type: none"> • Genehmigungsverfahren für neue Biomethananlagen beschleunigen und die Regelungen zur Einspeisung in die Gasnetze volkswirtschaftlich effizient anpassen 	<ul style="list-style-type: none"> • Konsequente Nutzung aller Erneuerbaren Energien, u. a. Bioenergie 		<ul style="list-style-type: none"> • Ertüchtigung der künftig vorrangig mit Abfall- und Reststoffen betriebenen Biogaskraftwerke





8.1.3 Rechtlichen Rahmen für CCS und CCU schaffen			
<ul style="list-style-type: none"> • Es bedarf eines klaren rechtlichen Rahmens zur Ermöglichung der Anwendung von CCS und CCU-Technologien, für die Speicherung von CO₂ sowie für den Aufbau einer CO₂-Transportinfrastruktur • Gezielte Förderung der Wertschöpfungskette notwendig, mit Fokus auf schwer oder nicht vermeidbare Emissionen • Bei der Planung der CO₂-Transportinfrastruktur ist die Anbindung an das europäische Netz zu berücksichtigen 	<ul style="list-style-type: none"> • Etablierung einer CO₂-Kreislaufwirtschaft mit natürlicher und technischer CO₂-Nutzung und Speicherung • Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen für die Ermöglichung von CCU, CCS und DACCS sowie der erforderlichen Transportinfrastruktur 	<ul style="list-style-type: none"> • CO₂-Vermeidung vor Abscheidung 	<ul style="list-style-type: none"> • Abscheidung, Speicherung und Nutzung von CO₂ (CCS/CCU) von schwer zu vermeidenden Industrie-Emissionen • Voraussetzung für CCS/CCU: Sichere und stabile Speicherung oder Nutzung in geschlossenen Kohlenstoffkreisläufen, Geltung des Verursacherprinzips bei der Finanzierung • Entwicklung eines europaweit einheitlichen Rahmens inklusive verbindlichen Haftungsrechts sowie Schaffung einer integrierten europäischen Infrastruktur 





8.2 FDP, BSW, Die Linke, AfD			
			
8.2.1 Wasserstoff-Markt aufbauen; hier auch Rolle von Erdgas/ LNG			
<ul style="list-style-type: none"> Diversifizierung der Gasversorgung. Dafür Ausbau von heimischer Erdgasförderung, wozu sich das Gasfeld in Borkum und Fracking anbieten 	<ul style="list-style-type: none"> Öffentlicher Bau von Elektrolyseuren parallel zu Privatanlagen, insb. dort, wo erneuerbarer Strom im Überschuss vorhanden ist und gegenwärtig abgeregelt werden muss 	<ul style="list-style-type: none"> Für grüne Leitmärkte Förderung von Wasserstoff nur in Fällen, wo es keine praktikablen Alternativen gibt, etwa für Langzeit-Energiespeicher oder als Grundstoff für die chemische Industrie Perspektivisch lediglich Wasserstoff aus der Elektrolyse von Strom aus erneuerbaren Energiequellen Keine neue, dauerhafte Infrastruktur für Flüssiggas und Erdgas Frackingverbot in Deutschland und Importverbot für LNG, das durch Fracking gewonnen wurde 	
8.2.2 Energieversorgung mit Biomethan nachhaltig gestalten			
<ul style="list-style-type: none"> Biogasanlagen tragen zur sicheren Versorgung mit Strom & Wärme bei Anpassung der Finanzierung von Biogasanlagen, sodass ihre Flexibilität zur Senkung von Stromkosten und zur weiteren Nutzung der bestehenden Biogasanlagen beiträgt 	<ul style="list-style-type: none"> Biogasanlagen einvernehmlich mit Landwirten betreiben und damit eine ergänzende Einnahmequelle für landwirtschaftliche Betriebe erreichen 		
8.2.3 Rechtlichen Rahmen für CCS und CCU schaffen			
<ul style="list-style-type: none"> Diskriminierungsfreie Ermöglichung von CCS und CCU als Klimaschutz-Option 		<ul style="list-style-type: none"> CCS sei „keine Lösung für die Probleme des Klimawandels“ Förderung von CCU nur dann, wenn es nachgewiesenermaßen keine Alternative gibt 	






9. „Wärmepaket“ für erfolgreiche Wärmewende verabschieden			
9.1 BDEW-Position, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen			
 Energie. Wasser. Leben.			
9.1.1 Umfassendes Wärmepaket, Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren, Geothermie			
<ul style="list-style-type: none"> • Um einen breiten gesellschaftlichen Konsens für die Wärmewende zu erreichen, sollte in der neuen Legislaturperiode ein in sich schlüssiges und praxistaugliches Wärmepaket beschlossen werden. Dieses sollte auf Grundlage der kommunalen Wärmeplanung (WPG) und orientierend an einer effizienten Emissionsminderung die Weiterentwicklungen vom GEG, AVBFernwärmeV, WärmeLV sowie einen konsistenten Förderrahmen beinhalten • Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für Geothermieanlagen, Großwärmepumpen und Wärmespeicher • Die Nutzung von Geothermie ist als überragendes öffentliches Interesse zu bestimmen, wobei das überragende öffentliche Interesse an der öffentlichen Wasserversorgung in den engen Wasserschutzbereichen Vorrang haben sollte 	<ul style="list-style-type: none"> • Konsequente Nutzung aller Erneuerbaren Energien, u. a. Geothermie und Potenziale der KWK (ebenfalls Windenergie an Land und auf See, Solarenergie, Wasserkraft, Bioenergie und den nachwachsenden Rohstoff Holz) 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung lokaler Wärmepläne 	<ul style="list-style-type: none"> • Fortsetzung der Energie- und Wärmewende





9.1.2 Förderrahmen für die Wärmewende			
<ul style="list-style-type: none"> Die BEW sollte durch eine gesetzliche Regelung der jährlichen Unsicherheit den Haushaltsberatungen entzogen werden und 3,5 Mrd. Euro jährlich umfassen Absicherung des Fündigkeitsrisikos von Geothermiebohrungen, bspw. durch die KfW <p style="text-align: right;"></p>	<ul style="list-style-type: none"> Technologieoffene Förderung emissionsarmer Wärmelösungen Abzugsfähigkeit energetischer Sanierungen bei der Erbschafts- und Schenkungsteuer <p style="text-align: right;"></p>	<ul style="list-style-type: none"> Fördermittel und technische Unterstützung für die Dekarbonisierung kommunaler Wärmeversorgung Soziales Wärmepumpen-Leasing Zinsgünstige Kredite und Zuschüsse zur energetischen Sanierung <p style="text-align: right;"></p>	<ul style="list-style-type: none"> Förderprogramme weiter ausbauen und durch soziale Staffelung insbesondere auf Menschen mit geringen und mittleren Einkommen zuschneiden Förderung von bis zu 70 Prozent für Einbau von fossilfreien Heizungen Verlängerung und Stärkung der BEW Aktivierung privaten Kapitals für den Ausbau der Wärmenetze und Senkung der Finanzierungskosten durch öffentliche Bürgschaften Gezielte Unterstützung von Unternehmen beim Umstieg von fossiler Wärme auf moderne strombasierte Wärmeproduktion <p style="text-align: right;"></p>
9.1.3 Anpassung des Rechtsrahmens für die Wärmenetze			
<ul style="list-style-type: none"> Bei der Novellierung der AVBFernwärmeV muss zwischen den Verbraucherschutzinteressen und den Fernwärmeversorgungsunternehmen ein angemessener Ausgleich hergestellt werden. Insbesondere braucht es die Möglichkeit, Kosten für die Dekarbonisierung der (Fern-) Wärmeversorgung erwirtschaften zu können Um Investitionshemmnisse für den Wärmenetzausbau abzubauen, muss der Vergleichsmaßstab für die Warmmietenneutralität in der WärmeLV auf GEG-konforme Versorgungstechnologien umgestellt werden <p style="text-align: right;"></p>		<ul style="list-style-type: none"> Betonung der Relevanz der Fernwärme, vor allem in städtischen Räumen Preisaufsicht für Fernwärme <p style="text-align: right;"></p>	<ul style="list-style-type: none"> Betonung der Relevanz der Fernwärme für klimafreundliche und bezahlbare Wärme für alle Bundesweite Preisaufsicht für mehr Transparenz bei der Preiskalkulation durch die Fernwärmeversorger Stärkung des Verbraucherschutzes in der Fernwärme durch Einführung einer Preisaufsicht (kurzfristig) und einer Preisregulierung (langfristig) Wärme-Contracting unterstützen Gründung von Wärmenetzgenossenschaften fördern Keine Perspektive für die Nutzung von Wasserstoff für die Wärmeversorgung <p style="text-align: right;"></p>

9.1.4 GEG konstruktiv weiterentwickeln			
<ul style="list-style-type: none"> • Erforderlich sind eine deutliche Vereinfachung und praxistaugliche Gestaltung der Emissionsreduzierung sowie der Zeithorizonte für ihre Umsetzung • Die bis Mai 2026 ohnehin zu erfolgende nationale Umsetzung der EPBD im GEG eröffnet die Chance einer ganzheitlichen Überarbeitung des GEG 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung bzw. Rücknahme des „Heizungsgesetzes der Ampel“ • Entscheidungsfreiheit bei Wahl der Heizungsart 		<ul style="list-style-type: none"> • Festhalten am Gebäudeenergiegesetz 

9.2. FDP, BSW, Die Linke, AfD			
			
9.2.1 Umfassendes Wärmepaket, Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren, Geothermie			
<ul style="list-style-type: none"> • Setzen auf marktwirtschaftliche Lösung des CO₂-Zertifikatehandels statt „unzählige Einzelvorschriften“ • Einführung einer Klimadividende und Senkung der Energiebesteuerung, um die sozialen Kosten abzufedern • Weitere Ermöglichung des Heizens mit Holz und Reduktion der Auflagen für Kamine und Öfen 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau von Geothermie und in einem ersten Schritt Anhebung der Erschließungsziele bis 2030 von 10 auf 100 Terawattstunden • Effizientere Nutzung von Abwärme aus industriellen Prozessen, Verbrennungsanlagen oder Rechenzentren 		<ul style="list-style-type: none"> • Aufhebung des Verbots von Gas- und Ölheizungen • Technologieoffener Wärmesektor, in dem erneut preiswertes Gas, bevorzugt aus Pipelines oder Heizöl zur Verfügung steht • Wasserstoff als Energieträger nicht wettbewerbsfähig
9.2.2 Förderrahmen für die Wärmewende			
		<ul style="list-style-type: none"> • Investitionsoffensive in energetische Sanierungen und Heizungstausch von 25 Mrd. Euro pro Jahr • Staffelung der Zusatzkostenförderung beim Heizungstausch nach Einkommen • Einrichtung eines Fonds für Heizkosten von Mieter*innen, die sich diese keine warme Wohnung leisten können 	
9.2.3 Anpassung des Rechtsrahmens für die Wärmenetze			
<ul style="list-style-type: none"> • Ablehnung eines Anschlusszwangs an Fernwärmenetze 	<ul style="list-style-type: none"> • Betonung der Relevanz von Fernwärme 	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung von Städten und Gemeinden beim Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen • Gewinnverbot bei Wärmenetzen 	
9.2.4 GEG konstruktiv weiterentwickeln			
<ul style="list-style-type: none"> • Vollständiges Auslaufen des Heizungsgesetzes 	<ul style="list-style-type: none"> • Für eine Rücknahme des GEG 	<ul style="list-style-type: none"> • Kritik am Heizungsgesetz 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung des Gebäudeenergiegesetzes


10. Klimaneutrale Mobilität voranbringen			
10.1 BDEW-Position, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen			
			
10.1.1 Ausbau der Ladeinfrastruktur, Planungs- und Investitionsbedingungen, bidirektionales Laden, E-LKW-Ladenetz			
<ul style="list-style-type: none"> • Elektromobilitätspolitik als Standortpolitik erkennen • Ausbau der Lade- und Tankinfrastruktur- und Fahrzeughochlauf in Gleichschritt bringen • Steueranreize für E-Fahrzeuge setzen • Ladesäulenausbau entbürokratisieren und staatliche Ladesäulen-Förderung beenden. Stattdessen sind die Rahmenbedingungen zu verbessern, indem die Genehmigungsverfahren entschlackt und Hemmnisse bei der Flächenverfügbarkeit behoben werden • Das Potenzial des bidirektionalen Ladens ausschöpfen. Dafür ist u. a. die Etablierung einheitlicher technischer Standards entscheidend • E-LKW-Ladenetz marktlich ausbauen • Biomethan, Wasserstoff und seine Derivate im Einsatz für Transport und Mobilität berücksichtigen und die notwendige Tankinfrastruktur bereitstellen 	<ul style="list-style-type: none"> • Angemessener Ausbau der Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität • Senkung der Gesamtkosten des Luftverkehrs auf ein wettbewerbsfähiges europäisches Niveau 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung für E-Autos • Schnellladesäulen auf jedem Supermarktplatz und an jeder Tankstelle • Einheitliches kontaktloses Bezahlungssystem an allen Ladesäulen • Stärkung bidirektionalen Ladens • Öffentliches Laden darf nicht deutlich teurer sein als das zu Hause • Förderung klimafreundlicher LKWs und Nahverkehrsbusse • Klimaneutraler Luftverkehr: EU-weit einheitliche Regelungen, um Carbon Leakage zu vermeiden; Umwandlung der Luftverkehrssteuer in eine EU-Klimaabgabe • Forschung und Markthochlauf für E-Fuels für Luftverkehr und Schifffahrt • Steuerabzugsbetrag für die Anschaffung eines in Deutschland produzierten E-Autos (Privatkauf) inkl. junger Gebraucher • Bessere Abschreibungsbedingungen und Änderungen bei der Dienstwagenbesteuerung für gewerbliche Käufe • Kfz-Steuerbefreiung bis 2035 	<ul style="list-style-type: none"> • Breiter erschwinglicher Zugang zu elektrischer Mobilität: Staatliche Unterstützung durch Ladekarte, steuerliche Förderung für kleine und mittlere Einkommen und Social-Leasing-Programm • Gezielte Förderung für die Ladeinfrastruktur • Sozial ausgewogene Kauf- und Leasinganreize • Fortentwicklung von Geschäftsmodellen u. a. im Bereich Batteriezellen • Staatliche Förderprogramme für den Kauf von Produkten wie E-Autos für Produkte, die größtenteils in Europa mit seinen hohen sozialen und ökologischen Standards produziert wurden • Beendigung „überzogener Preise“ an Ladesäulen durch vielfältige Preismodelle, z. B. auch flexible, am Börsenstrom orientierte Preise • Reform der Lkw-Maut als Anreiz für die Umstellung auf elektrische und andere klimaneutrale Antriebe • Unterstützung von E-Fuels für Luft- und Schiffsverkehr


		<ul style="list-style-type: none"> Scholz-Brief: Steuerboni für in der EU-gebaute E-Autos, EU-Ladesäulen-Offensive] 	
10.1.2 CO₂-Flottengrenzwerte			
<ul style="list-style-type: none"> EU CO₂-Flottengrenze beibehalten 	<ul style="list-style-type: none"> Überprüfung der Flottengrenzwerte Verhinderung von Strafzahlungen 	<ul style="list-style-type: none"> Keine Strafzahlungen, aber Beibehaltung 	<ul style="list-style-type: none"> Wettbewerb zwischen Verbrenner und E-Autos längst entschieden Planungssicherheit: Ab 2035 nur noch Neuzulassung klimaneutraler Antriebe Keine Abschwächung der Flottengrenzwerte für 2025, 2030 und 2035, aber: Mögliche Strafzahlungen ggf. strecken und für den Hochlauf der E-Mobilität nutzen 

10.2 FDP, BSW, Die Linke, AfD			
			
10.2.1 Ausbau der Ladeinfrastruktur, Planungs- und Investitionsbedingungen, bidirektionales Laden, E-LKW-Ladenetz			
<ul style="list-style-type: none"> • Ermöglichung alternativer Kraftstoffe wie etwa E-Fuels • Fokussierung auf Lebenszyklus eines Fahrzeugs statt Abgasen während der Fahrt • Gleichstellung von E-Mobilität, klimaneutraler Kraftstoffe und Wasserstoff bei Regulatorik, Besteuerung und Förderung • „EU-Quoten für nachhaltige Flugkraftstoffe“ dürfen europäische Airlines nicht einseitig belasten 	<ul style="list-style-type: none"> • Angebot preisgünstiger Modelle im Bereich der E-Mobilität • Intensivierung der Forschungs- und Entwicklungsarbeit an Technologien wie der Feststoffbatterie • Herstellung und Weiterentwicklung von Batteriezellen muss wieder in Deutschland stattfinden • „Volksleasing“ in Regionen mit geringen öffentlichen Verkehrsangeboten für umweltfreundliche Fahrzeuge aus europäischer Produktion, einschließlich verbrauchsarmer Verbrenner (unter 5 Liter) 	<ul style="list-style-type: none"> • „Weder E-Fuels noch Wasserstoff sind praktikable Lösungen für den Individualverkehr“ • Fokus auf E-Mobilität richtig, aber reine Umstellung auf E-Autos keine tragfähige Strategie • Verlässliche Rahmenbedingungen für die Produktion der Elektromobilität • Öffentliche Hand soll Vorreiter für die Elektromobilität werden • E-Auto-Quoten für gewerbliche Flottenbetreiber auf EU-Ebene • Sozial gestaffelte Förderangebote • Umfassende Investitionen in die öffentliche Ladeinfrastruktur, günstige Tarife und Auflagen für mehr Ladepunkte an Tankstellen, im Einzelhandel und am Arbeitsplatz 	<ul style="list-style-type: none"> • Technologieoffene Gesetzgebung auf nationaler und europäischer Ebene: „Einseitige Bevorzugung von Elektromobilität ist sofort zu stoppen“. Ob der Verbrennungsmotor durch andere Antriebsformen abgelöst wird, müsse wieder „eine Frage des technischen Fortschritts sowie des Marktes werden“ • Keine Finanzierung der Ladeinfrastruktur aus öffentlichen Mitteln • Unterstützung und Förderung des motorisierten Individualverkehrs
10.2.2 CO₂-Flottengrenzwerte			
<ul style="list-style-type: none"> • Für eine umgehende Aufhebung des „Verbrenner-Verbots“ • Abschaffung der EU-Flottengrenzwerte 	<ul style="list-style-type: none"> • Für eine Rücknahme des „Verbrenner-Verbots“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Für Beibehaltung der aktuellen Richtlinie 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufhebung des „Verbrenner-Verbots“ und der CO₂-Flottengrenzwerte • Falls die EU-CO₂-Reduktionsgesetzgebung im Verkehrssektor bleibt: Berücksichtigung synthetischer Kraftstoffe und Gleichbehandlung von Energieträger und Fahrzeug mit E-Autos hinsichtlich Abgabenlast

11. Sonstige relevante Themen (Verbraucherschutz, Fachkräfte, Handel usw.)

11.1 BDEW, CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen

			
<ul style="list-style-type: none"> • Vertrieb bei der Gesetzgebung mitdenken • Praktikable und zeitgemäße Ausgestaltung von Vorgaben zu Kommunikation und Information 	<ul style="list-style-type: none"> • Pariser Klimaziele einhalten: Klimaneutralität bis 2045 „fest im Blick“, Verbindung des Ziels mit Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit und der Notwendigkeit sozialer Tragfähigkeit • Option Kernenergie: Forschung zu Kernenergie (4./5. Generation), SMR und Fusionskraftwerken, fachliche Bestandsaufnahme zu Wiederinbetriebnahme der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke • Vorantreiben der Endlagersuche • Offensive für Energieinnovationen: Technologieoffene Energieforschung und Forschungsk Kooperationen • Fachkräfteoffensive mit Fokus auf vereinfachte und beschleunigte Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen • Vervollständigung der Kapitalmarktunion und Stärkung des Binnenmarkts für Finanzdienstleistungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Beibehaltung der Klimaziele, Begrenzung auf unter 2°C, nach Möglichkeit auf 1,5°C • Unterstützung für den europäischen Green Deal • Städtebauförderung zur Anpassung an den Klimawandel • Vereinfachte Anerkennung ausländischer Abschlüsse und Qualifikationen • Ausbau berufsbegleitender Integrationskurse, Deutschsprachförderung, Beratungsangebote • Weiterentwicklung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes und Fortsetzung des Jobturbos • Absage an Atomkraft und Beschleunigung der Endlagersuche • Vorantreiben der Banken- und Kapitalmarktunion 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Aufweichung bestehender Klimaschutzziele oder Abschwächung des Ambitionsniveaus • Stärkung des Expertenrats für Klimafragen • Zukunftsstrategie für Forschung und Innovation konkretisieren und weiterentwickeln • Fachkräftemangel: U. a. Qualifizierungsgeld, Vereinbarkeit Familie und Beruf, digitale Einwanderungsagentur, Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen, Abbau von Arbeitshindernissen für Geflüchtete • Stärkung des Verbraucherschutzes, u. a. Schutz vor Wärme- und Stromsperrern, Angabe des mittleren Strompreises und der Preisspanne für Neukund*innen auf der Energierechnung • Aktuelles Klimaschutzgesetz evaluieren und Verantwortung von Sektoren stärken • Stärkung Binnenmarkt, Digitalunion, Vollendung der Kapitalmarkt- und Bankenunion • Kernfusion unter Berücksichtigung von Sicherheitsfragen weiter erforschen • Ablehnung von Holz als Kraftwerksbrennstoff

11.2 FDP, BSW, Die Linke, AfD			
			
<ul style="list-style-type: none"> • Ersatz des deutschen Ziels der Klimaneutralität bis 2045 durch das europäische Ziel der Klimaneutralität bis 2050 • Ermöglichung der „Nutzung klimafreundlicher Zukunftstechnologien wie Kernfusion und sicherer Kernkraftwerke ohne Subventionen“ • Reform des deutschen Atomrechts – Befreiung von „ideologischem Ballast“ und Ermöglichung des rechtssicheren Baus von Kernkraftwerken der neuen Generation (bspw. Dual-Fluid-Reaktoren, Thorium-Flüssigsalzreaktoren oder Small Modular Reactors) • Schaffung eines „innovationsfreundlichen Rechtsrahmens außerhalb des Atomrechts“ für die Kernfusion • Rechtliche Ermöglichung der Wiederinbetriebnahme der vorhandenen Kernkraftwerke – Überlassung der Entscheidung an die Betreiber • Erleichterung der Einwanderung für hochqualifizierte Fachkräfte • Vertiefung der Banken- und Kapitalmarktunion 	<ul style="list-style-type: none"> • Über den verbliebenen Strang der Nord-Stream-Pipeline wieder günstiges Erdgas beziehen • Forschungs- und Entwicklungsarbeit an neuen klimaschonenden Technologien fördern, darunter im Bereich neuer Kernkrafttechnologien • Gegen Neubau konventioneller Atomkraftwerke und SMR • Intensivierung von F&E im Bereich der Kernfusion • Keine Beteiligung am Handelskonflikt mit China und anderen „im Interesse der US-Wirtschaft vorangetriebenen Wirtschaftssanktionen“ • In Schlüsselbranchen Umwandlung großer Unternehmen, die staatliche Unterstützung erhalten, in innovationsfreundliche Stiftungsunternehmen • Wirksame Fusionskontrolle und Überprüfung der Marktanteils-grenzen einzelner Unternehmen in kritischen Sektoren wie u. a. Energie, Kommunikation und Lebensmittel • Rückverlagerung von Kompetenzen in die Mitgliedstaaten 	<ul style="list-style-type: none"> • Gegen „Rekordgewinne“ der Energiekonzerne und für Entmachtung von Energiekonzernen • Energieversorgung vor allem aus öffentlicher Hand (Kommunen, Genossenschaften, Bürger/innen) • Gegen Strom- und Gassperren • Übergewinnsteuer, die Extragewinne von Konzernen mit 90 Prozent besteuert • Pönalisierung von Extraprofiten durch „überzogene Heizkostenrechnungen“ für Immobilien und Energiekonzerne • Verschärfung der sozialen und ökologischen Kriterien der EU-Taxonomie, gegen positive Bewertung von Kernenergie und Gas • Wiederherstellung der Sektorziele im Klimaschutzgesetz • Klimaanpassung muss Gemeinschaftsaufgabe werden • Erdgasausstiegsgesetz mit verbindlichem Ausstiegspfad und sozialer Absicherung betroffener Beschäftigter 	<ul style="list-style-type: none"> • Technologieoffenheit • Verlängerung der Laufzeiten der Kohlekraftwerke • Wiedereinstieg in die Nutzung der Kernenergie: Schnellstmögliche Wiederinbetriebnahme bestehender Kraftwerke, Schaffung neuer Kernforschungszentren und Kernkraftwerke • Reparatur und Wiederinbetriebnahme der Nord-Stream-Pipelines • Austausch mit anderen Märkten erleichtern und intensivieren; vorhandene Handelshemmnisse beseitigen • Abschaffung des CO₂-Grenzausgleichs • Hinterfragung des menschengemachten Klimawandels und der Energiewende sowie Ablehnung von Klimaschutzpolitik und -steuern • Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen • Aufhebung der Russland-Sanktionen

Ansprechpartner/Ansprechpartnerin

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.

Tilman Schwencke

Geschäftsbereichsleiter Strategie und Politik

+49 30 300199-1090

tilman.schwencke@bdew.de

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.

Martin Schebesta

Fachgebietsleiter Strategie und Politik

+49 30 300199-1069

martin.schebesta@bdew.de

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.

Yulia Aleshchenkova

Fachgebietsleiterin Strategie und Politik

+49 30 300199-1060

yulia.aleshchenkova@bdew.de